

Europa gibt sich auf!



erstarkender Islam



vermüllte Umwelt



sterbende Industrie



steigende Armut

Europa ergibt sich – Europa kapituliert

Nicht, weil Millionen kulturfremder Menschen auf unseren Kontinent strömen, sondern weil wir es zulassen!

Nicht die Gewalt, die von den Migranten ausgeht, ist die Gefahr, sondern die heuchlerische Toleranz der Herrschenden!

Nicht der Kampf gegen Überfremdung spaltet den Kontinent, sondern Diffamierung, Hetze und Haß auf alle patriotischen Bestrebungen europaweit!

Das offene Wort

»Brüsseler Allerlei«

Das »Leipziger Allerlei« ist in ganz Deutschland bekannt: ein rot-grünes Gemüse. Das gleicht dem, was wir in Straßburg und Brüssel derzeit erleben. Um die nötigen Stimmen für ihre Wahl zur EU-Kommissionspräsidentin einzusammeln, tingelte Frau von der Leyen durch die Fraktionen, um ihnen alles und nichts zu versprechen. Mit neun Stimmen Mehrheit wurde sie dann gewählt.

Besonders den Roten, Grünen und Liberalen versprach sie, in deren Sinne zu »regieren« und freute sich, von den meisten »Populisten« nicht gewählt worden zu sein. Soweit sie Stimmen von den Osteuropäern erhielt, ist das ihrem Einsatz für einen EU-weiten NATO-Einsatz an der Grenze Rußlands zu verdanken.

Ansonsten wird alles beim alten bleiben: Die Masseneinwanderung und damit die Islamisierung Europas wird durch die Förderung der als »Seenotrettung« bezeichneten Schleusung weitergeführt, die Vermüllung der Umwelt durch den Fetisch des »Wachstums« wird weitergehen, die Arbeitslosigkeit und die Armut werden durch Digitalisierung und Auslagerung der Industrie in Billiglohnländer in Asien und Afrika steigen und eine EU-weite »Arbeitslosenrückversicherung« wird von Deutschland bezahlt.

Von einem Plan, wie Europa in eine lebensfähige Zukunft zu führen wäre, habe ich nichts gehört. Dieses EU-Europa gibt sich auf. Wir aber kämpfen für unser Europa!

Ihre Sabine Möller

Europa gibt sich auf!

Die Geschichte wiederholt sich

So wie in vergangenen Jahrtausenden riesige Weltreiche untergingen und Völker in die Bedeutungslosigkeit verschwanden, so steht zu befürchten, daß unser Kontinent Europa an der geistigen Faulheit und der satten Feigheit seiner Bevölkerung zugrunde geht.

Es wird der zukünftigen Geschichtsschreibung überlassen bleiben, die genauen Ursachen zu analysieren. Dies allerdings nur, sofern es noch Historiker geben wird, die geistig dazu in der Lage sind und denen es die dann Herrschenden gestatten, unabhängig zu forschen.

Fakt ist, das alte Europa ging bereits mit Ende des Zweiten Weltkrieges unter. Nicht die Abermillionen Toten oder die unvorstellbaren Zerstörungen sind historisch gesehen die europäische Katastrophe, sondern es ist der Ungeist der angloamerikanischen Sieger, der seit über 70 Jahren in Europa und vor allem in Deutschland die Gehirne vernebelt.

Mit hollywoodreifen Inszenierungen, Lügengeschichten, Intrigen und Geschichtsklitterungen wurden und werden politische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt.

Was wir jetzt auf allen Ebenen erleben, ist die nächste Stufe der Entmündigung Europas. Jeglicher Selbstbehauptungswille, jegliche Gegenwehr, jeglicher Stolz und jegliche Überlebenskraft sind uns »abtrainiert« worden.

Lethargisch nehmen »wir« den Wählerbetrug durch »Doppelstaatler« bei den letzten EU-Wahlen hin, mit einem Schulterschütteln sehen »wir« den Fährdiensten der NGOs über das Mittelmeer zu.

Desinteressiert wenden »wir« uns von Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder geringen Geburtenraten ab.

Meinungsdiktatur, Zensur, Hetze, Diffamierungen, soziale und wirtschaftliche Vernichtung von Patrioten europaweit oder die Wiederkehr marxistischer Wahnvorstellungen nehmen »wir« nur am Rande wahr.

»Wir« sind dafür voll damit beschäftigt, Millionen Einwanderer zu integrieren und mit dem Erarbeiten der dafür notwendigen Ausgaben.

»Wir« machen uns Sorgen, ob überall ausreichend Toiletten für Diverse installiert werden oder ob die Anrede gendergerecht ist.

»Wir« freuen uns, daß kein Diesel-Fahrzeug mehr in die europäischen Innenstädte kommen wird, Greta den Friedensnobelpreis erhält und unsere Industrie schnellstmöglich ins frühe 19. Jahrhundert zurückentwickelt werden soll.

Bis auf wenige Ausnahmen ist ganz Europa von einem Irrsinn befallen, der an die schlimmsten Auswüchse des Mittelalters erinnert. Vor allem die »gebildeten« und »sozial bessergestellten« Schichten finden ein morbides Vergnügen darin, den Untergang der europäischen Völker herbeizuführen.

Umso wichtiger ist es, daß die patriotischen Kräfte in Europa noch enger zusammenarbeiten, um diesen Kontinent zu retten.

ZUM NACHDENKEN:

»Wenn Frau von der Leyen das genauso „hervorragend“ hinbekommt wie ihre Aufgaben als Verteidigungsministerin, dann „Gute Nacht Europa“!«

Leserbrief in der WAZ zur Wahl der EU-Regierungschefin



Foto: Durch Government/Valerie Koppels / flickr/f3eA67CC BY 2.0 Ausschnitt



Foto: Mueller/MSC7/Mueller / commons.wikimedia.org/wiki/File:MSC_2014_VonDerLeyen_Mueller_MSC2014.jpg / CC BY 3.0 DE (Ausschnitt)

Die doppelten Lottchen

Welch ein Schmierentheater. Da sollen die Wähler in der EU über die beiden Spitzenkandidaten *Weber* und *Timmermans* abstimmen, und was passiert? In geheimen Kungelrunden werden Posten und Pöstchen unter den Staatschefs »ausgehandelt«. Die Folgen werden wir in den nächsten Jahren schmerzhaft erfahren.

Zwar sind uns *Weber* und *Timmermans*, beide wären jeder auf seine Art eine Fehlbesetzung gewesen, erspart geblieben – die beiden Damen *Ursula von der Leyen* und *Christine Lagarde* sind allerdings ein doppeltes Unglück für Europa.

Als Kommissionspräsidentin und als Chefin der *Europäischen Zentralbank* können sie größtmöglichen Schaden anrichten.

Beide Damen verbindet ein gestörtes Rechtsempfinden. Frau *von der Leyen* wird sich in Zukunft mit einem Untersuchungsausschuß herumschlagen müssen. Dabei geht es um die undurchsichtige Vergabe von Hunderten von Millionen an Beraterfirmen.

Frau *Lagarde*, ehemalige Finanzministerin Frankreichs und jetzige Chefin des *Internationalen Währungsfonds*, haftet der Makel um die Affäre des französischen Unternehmers *Bernard Tapie* an. Der französische Staat zahlte unter ihrer Verantwortung die gigantische Summe von mehr als 400 Millionen Euro als Schadenser-

satz im Zusammenhang mit dem undurchsichtigen Verkauf von *Adidas* in den 90er Jahren an *Tapie* aus. Ein französisches Gericht sprach *Lagarde* Ende 2016 zwar frei, doch es erklärte sie gleichzeitig für die Vernachlässigung ihrer Amtspflichten verantwortlich.

Ihre Skrupellosigkeit wird auch in folgendem Ausspruch deutlich:

»Wir haben alle Regeln gebrochen, weil wir zusammenhalten und die Eurozone retten wollten.«

Der Niedergang des Euros wird sich beschleunigen. *Lagarde* wird weiter die Sparer enteignen, Milliarden Euros nach Südeuropa umschichten und ein willfähiges Werkzeug von *Macron* sein. Die politische Unabhängigkeit der *Europäischen Zentralbank* ist weniger denn je gegeben. Es wird wie immer lauten: Deutschland zahlt und schweigt!

Noch verheerender ist die Wahl *von der Leyens*. Nicht nur, daß sie die Bundeswehr zur weltweiten Lachnummer gemacht

hat, sie hat eine der Säulen des Staates auf unabsehbare Zeit schwerstens beschädigt. Ihre Unfähigkeit, das Amt eines Bundesverteidigungsministers auszufüllen, ist das eine, die Demontage jeglicher soldatischen Werte und Traditionen wiegt viel schwerer. Sie hinterläßt eine Truppe, deren Ausrüstung desolat ist und deren moralische Verfassung gegen Null tendiert. Es ist ein Trauerspiel, wenn man sieht, wie engagierte Soldaten diffamiert, verfolgt und sozial und wirtschaftlich vernichtet werden.

Auch wenn mancher drei Kreuzzeichen macht, endlich diese Oberbefehlshaberin los zu sein, das Chaos ist angerichtet.

Allerdings steht zu befürchten, daß sie in ihrer neuen Funktion noch mehr Unheil anrichten wird. Um gewählt zu werden, tingelte sie kurz nach Bekanntgabe ihrer Nominierung durch die verschiedenen Fraktionen des EU-Parlaments. Ihre Aussagen und Versprechungen lassen Böses ahnen. Von der *Leyen* verspricht eine vereinfachte Einwanderung nach Europa, eine restriktive Klimapolitik, die Milliarden kosten wird, und den Kampf gegen »rechts«. Sie wird erpreßbar sein und ein Spielball fremder Interessen werden.

Sowohl *von der Leyen* als auch *Lagarde* sind nicht nur ein Unglück für die EU, sondern für ganz Europa.

Diese beiden doppelten Lottchen haben nichts Niedliches an sich!

DOPPELTES UNGLÜCK

Schlepper, Nepper, Volksverdummer



The official Twitter page of the European Border and Coast Guard Agency - <https://twitter.com/Frontex/status/1142373165076766720> (Bildschirmausdruck vom 7.7.2019)

Vorab eine Begriffsbestimmung: Verwechseln Sie bitte nie die im See- und Völkerrecht verankerte »Seenotrettung« mit dem systematischen Schleusen von Illegalen über das Mittelmeer.

Begriffsverwirrung war zu allen Zeiten ein wirksames Mittel, um die verdummte Öffentlichkeit in die Irre zu führen.

Was wir seit Jahren erleben, ist eine planmäßige, von Kriminellen systematisch herbeigeführte »Rettung« von leichtgläubigen Opfern dieser Verbrecher.

Wir haben es quasi mit einem Fährdienst zwischen Afrika und Europa zu tun.

Frontex, der Grenz- und Küstenschutz der EU-Mitgliedsstaaten, hat eine vielsagende Video-Sequenz ins Internet gestellt. Hier ist zu sehen, wie ein Fischerboot einen Holzkahn hinter sich herzieht. Auf hoher See werden etwa 80 Menschen auf das nicht seetüchtige Boot umgeladen. Der Kutter dreht ab Richtung Küste und läßt die in »Seenot« befindlichen zurück. Die italienische Küstenwache konnte die Schlepper festnehmen, die Bootsinsassen wurden in italienischen Hoheitsgewässern abgefangen – über ihren weiteren Verbleib wird nichts

mitgeteilt. Interessant wäre gewesen, wenn »NGO-Retter« ins Spiel gekommen wären, um das Ausmaß der Komplizenschaft aller Welt vor Augen zu führen.

Aber auch so werden deutsche »Bessermenschen« Schnappatmung bekommen haben, da die Vorgehensweise der Schlepper nicht ins eigene Weltbild paßt.

Die kriminellen Schlepper ködern für viel Geld und mit dem Versprechen auf baldige Rettung Verzweifelte und liefern diese so auf tragische Weise oft genug dem Tode aus.

Der Personentransport über das Mittelmeer, mit der Gewißheit, daß ein Rücktransport in einen afrikanischen Hafen nicht stattfindet, hat mit Seenotrettung aber auch nicht im Ansatz etwas zu tun.

Am Beispiel der »Sea-Watch 3« wird deutlich, daß es hier um knallharte Politik, Ideologie, übergeordnete Interessen und letztendlich um die gewünschte Kapitulation Europas vor globalistischen Bestrebungen geht. Die illegale Einwanderung soll in eine ungebremste und ungesteuerte legale Einwanderung umgesteuert werden.

Das erzwungene Anlegemanöver im Hafen von Lampedusa durch die deutsche »Kapitänin« *Carola Rackete* war ein Akt gezielter Provokation.

Nachdem das Schiff 16 Tage vor den Hoheitsgewässern Italiens kreuzte, suchte sie die offene und bewußte Konfrontation mit der italienischen Hafenbehörde und dem Innenministerium von *Matteo Salvini*. In dieser Zeitspanne hätte sie problemlos einen deutschen oder niederländi-

schen Hafen anlaufen können, von afrikanischen Häfen ganz zu schweigen. Frau *Rackete* jedoch, statt andere sichere Häfen anzu steuern, benutzte die vorwiegend männlichen Migranten als Spielball und Druckmittel.

Auch das vorgebrachte Argument des Mangels an Trinkwasser oder Lebensmitteln ist nicht nachvollziehbar, da die italienischen Behörden in ständigem Kontakt mit dem Schiff standen und für alles Lebensnotwendige sorgten. Bereits Tage vor dem Einlaufen in den Hafen von Lampedusa waren Frauen und Kinder von Bord geholt worden.

Was wir erleben, ist ein Richtungskampf!

Die europäischen Linken versuchen, an Italien und am italienischen Innenminister ein Exempel zu statuieren. Frau *Rackete* und ihre Strippenzieher wollen *Salvini* verklagen – Geld dafür hat man genug. Es sprudelt in Millionenhöhe aus (un-)bekannten Quellen und den Spenden zehntausender Verdummer, die durch die Straßen unserer Städte ziehen, ohne zu bedenken, daß sie ihre eigene und die Heimat ihrer Kinder aufgeben.

EUROPA GIBT SICH AUF!

Antreten zum Fähnchenschwenken! Eine Schule erhebt die Freitags-Demo zum Pflichtfach!

Wenn man die hier verkleinert abgebildete Anweisung einer Gesamtschule zur Pflichtteilnahme an einer »Fridays-for-Future«-Demonstration liest, fühlt man sich an die Bilder von fähnchenschwenkenden Kindern erinnert, die wir von Massenaufmärschen in der DDR, Nordkorea oder China kennen. Da wurden und werden Schulen zur Teilnahme an Jubelveranstaltungen abgeordnet, ob sie es wollten oder nicht.

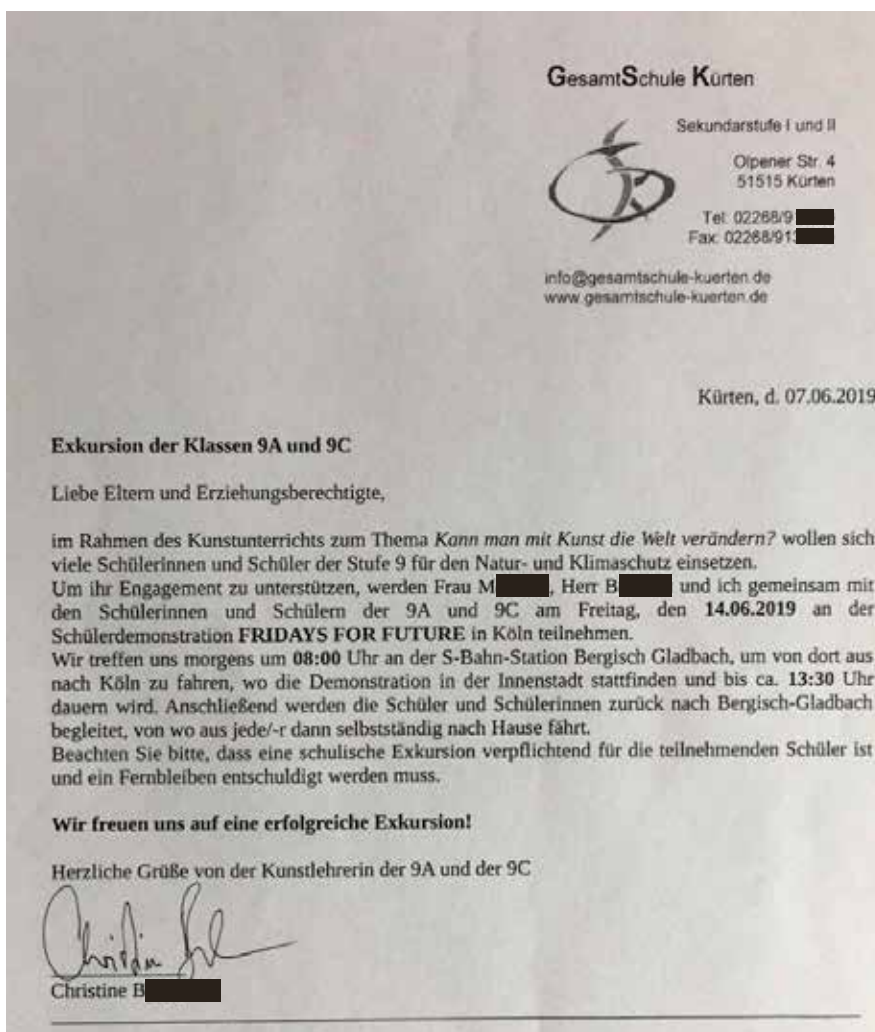
Die Gesamtschule in Kürten (Rheinland) hat diese diktatorische Praxis im Juni 2019 offenbar übernommen: Statt die freitägliche Unterrichtsverweigerung als unentschuldigtes Fehlen zu vermerken, hat die Kunstlehrerin Christine B. mit einem perfiden Trick die Demo-Teilnahme zu einer Pflichtveranstaltung erklärt. In dem entsprechenden Brief an die Eltern und Erziehungsberechtigten heißt es:

»Beachten Sie bitte, daß eine schulische Exkursion verpflichtend für die teilnehmenden Schüler ist und ein Fernbleiben entschuldigt werden muß.«

Mit dem Unterrichtsthema »Kann man mit Kunst die Welt verändern?« wurden die »Friday«-Demos kurz und einfach zu Kunstobjekten erklärt, um den Schulgesetzen zu genügen und

Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar?

Bitte bestellen Sie 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!



die Kinder zur Teilnahme zu zwingen.

Daß diese Kunstlehrerin die Vorschriften nicht in alleiniger Entscheidung verbog, ergibt sich aus dem offiziellen Briefkopf der Schule und der Teilnahme zweier weiterer Lehrkräfte.

»Lasse ich mein Kind mitlaufen oder schreibe ich eine Entschuldigung?« Man kann sich den Zwiespalt vorstellen, in den Eltern gestürzt werden, die dem Schaulauf-Vergnügen kritisch gegenüberstehen:

Wie wirkt sich das auf das Zeugnis aus, wenn Schulleitung und Lehrer so einseitig gepolt sind und mein Kind nicht teilnimmt?

»Denglisch for Future?«

Der nächste Schritt, den sich die ideologisch eingeeengten Lehrer ausdenken könnten, wäre ein Pflichtausflug im Rahmen des Englischunterrichts:

Da die auf Stoff oder Pappe gemalten Parolen der Greta-Bewegung meist in englischer Sprache geschwenkt werden, wäre das wohl doch ein Grund, die nächste Demo-Teilnahme zum Pflichtfach zu erklären, um die Englischkenntnisse zu verbessern?!

Wie hieß es auf unserer letzten UN-Ausgabe?

»Klima-Virus vernebelt die Gehirne!«

U.S. Army photos by Capt. John Farmer, 1st BCT, 1st Cav Public Affairs / <https://flic.kr/p/nf5A5S> / CC BY-ND 2.0

Bahn frei für die Bundeswehr – ***Panzer an die Front!***

Geplant: Vorrang und Streckensperrungen für Militärtransporte

Was wir der zurückgetretenen, gescheiterten Bundesverteidigungsministerin zu verdanken haben, ging seit langem durch die Zeitungen, ist also bekannt: Flugzeuge, die nicht fliegen, Panzer, die nicht rollen, U-Boote und Schiffe, die nicht seetüchtig sind. Dafür aber Umstandskleider-Uniformen, Kinderkrippen, Vorschriften zur Genderngerechtigkeit (m/w/d) und eine pauschale Ächtung patriotischer Gesinnung in der Bundeswehr.

Wie sie mit Millionen von Steuergeldern für Beratungsfirmen umgegangen ist, soll von einem Untersuchungsausschuß noch geklärt werden, ist also noch unbekannt.

In der Öffentlichkeit weithin unbekannt ist auch ein Rahmenver-

trag zwischen der Bundeswehr und der *DB Cargo AG* für den internationalen Schienentransport des Militärs, der Ende 2018 vom Haushaltsausschuß des Bundestages gebilligt wurde.

Drohgebärden statt Ausgleich

Seit dem 1.1.2019 führt die Bundeswehr für einen Zeitraum von zwölf Monaten die »Speerspitze« der NATO im Baltikum. Zeitgleich trat ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit ein Vertrag in Kraft, der deutlich macht, mit welcher Entschlossenheit die NATO-Staaten und die Bundesregierung Vorbereitungen für eine kriegerische Konfrontation mit Rußland treffen. Erstmals sichert sich die Bundeswehr bei der Deutschen Bahn Transportkapazitäten für Panzer und andere Rüstungsgüter bis an die Grenze Rußlands.

Es geht dabei nicht um einzelne Wagen, die an Güterzüge angehängt werden, sondern um vollständige Züge, von denen im Verlauf des Jahres 2019 weit über tausend Richtung Osten rollen könnten. Zu den »Highlights« des mit 97,5 Millionen Euro dotierten Vertrags zwischen der Bundeswehr und der *DB Cargo AG* gehören u.a. die zusätzliche Vorhaltung von 300 Waggons und Lokomotiven mit dem Potenzial für über 1.300 jährliche Transporte sowie die Umkehrung der Vorfahrt-Regel: Künftig soll Militärtransporten gegenüber dem zivilen Personenverkehr Priorität eingeräumt werden.

Ein Aufmarsch gegen Rußland

Die Panzerlehrbrigade 9 aus Munster (Niedersachsen) stellt den Leitverband der NATO-Speerspitze, die im NATO-Jargon »VJTF« (Very High Readiness Joint Task Force) genannt wird. Damit stehen 5.000 Bundeswehrsoldaten für einen schnellen NATO-Einsatz gegen Rußland

»THE GERMANS TO THE FRONT!«

bereit und deutsche Soldaten stünden bei einer kriegerischen Auseinandersetzung an vorderster Front. Die Bundeswehr stellt für die NATO-Speerspitze rund 4.000 Angehörige des Heeres und etwa 1.000 Kräfte aus anderen Bereichen bereit.

Der Vertrag wurde auf zwei Jahre abgeschlossen (1.1.2019 bis 31.12.2020) und kann drei Mal um je ein Jahr verlängert werden. Im Anschluß an die Versorgung der deutschen VJTF-Kräfte sollen mit diesen Schienentransportkapazitäten ab 2020 Verlegungen der »Initial Follow-on Forces Group« (IFFG) und weitere grenzüberschreitende Transporte für die Bundeswehr oder für Ihre Verbündeten durchgeführt werden können. Der Vertrag erwähnt dabei sowohl Transporte für die NATO, für Staaten, die Mitglied des NATO-Programms »Partnerschaft für den Frieden« sind, für die Europäische Union oder die Vereinten Nationen.

Provokationen statt Friedenspolitik

Insgesamt sollen im Rahmen der deutschen VJTF-Führung 2019 etwa 9.700 Soldaten, 150 Kettenfahrzeuge, 3.300 Radfahrzeuge, 1.500 Anhänger und 1.370 Container Richtung Osten verlegt werden. Ein großer Teil davon soll auf der Schiene transportiert werden – wie viel genau, gilt als geheim.

Als ob ein Krieg bevorsteht!

Der Vertrag mit der *Deutschen Bahn* soll hohe »Verlegegeschwindigkeiten« sicherstellen. Im Jahr 2020 gilt für die VJTF-Phase eine Zielvorgabe von zwei bis sieben Tagen, wobei innerhalb von drei bis vier Tagen die ersten Kräfte das Einsatzgebiet erreicht haben sollen. Die vertragliche Vorgabe an die *DB* sieht Rüstungstransporte innerhalb von maximal fünf Tagen vor.

»Daneben enthält der Rahmenvertrag einen verbindlichen Transportplan für eine Verlegung von Gefechtsfahrzeugen und Containern nach Litauen. Die DB Cargo AG hält laut Vertrag unter anderem von rund 300 Waggons vor, um die kurzen Bereitstellungs- und Transportzeiten gewährleisten zu können.«

Bundesministerium der
Verteidigung, 13.12.2018

Die Bundeswehr verfügt für den Materialtransport bereits heute über entsprechende Gütertransportkapazitäten. Zu diesen 280 sogenannten Flachwagen werden nun 300 geeignete Waggons und Lokomotiven von der *DB* zur Verfügung gestellt und durchgehend bereitgehalten.

Ziviler Güterverkehr wird ausgebremst

300 zusätzliche Waggons für das Militär – und das, obwohl es an allen Ecken und Enden hapert, mehr Güter auf die Schiene zu bringen!

Der Vertrag wird möglicherweise spürbare Auswirkungen auf den Gütertransport haben. Bereits vor Abschluß des Vertrages scheiterten Bemühungen, den Güter-Schienenverkehr im Verhältnis zum Lkw-Transport stärker auszubauen, an der maroden Bahninfrastruktur und an der fehlenden Verfügbarkeit von Bahnwaggons.

Immer wieder beklagt die Industrie, daß die *DB Cargo* nicht genügend Wagen für einen geregelten Materialtransport zur Verfügung stellt. Die viel beschwore-

ne ökologische Verkehrswende wird unter der Bedingung, daß nun laut der Beschlüßvorlage für den Haushaltsausschuß des Bundestages zwölf Prozent des europaweit verfügbaren Bestandes an Flachwagen für die Bundeswehr reserviert sind, wohl noch schwieriger umsetzbar als zuvor schon.

Dennoch haben sich in der entscheidenden Sitzung des Verteidigungsausschusses angeblich nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch grüne Vertreter für den Transportvertrag ausgesprochen.

Diese Vorbereitungen für einen Aufmarsch an der Grenze Rußlands sind eine sicherheitspolitisch gefährliche Entwicklung, die zur weiteren Vertiefung der Konfrontation führen kann. Mehr Sicherheit bringt dies auf keinen Fall und das Risiko einer militärischen Konfrontation mit Rußland wächst weiter.

Friedenspolitik sieht anders aus! Wenn sogar die Grünen solche Entscheidungen unterstützen, dafür ihre hehren Ziele der Diesel-Abgas-CO₂-Bekämpfung aufgeben und Lkw-verstopfte Autobahnen kein Problem mehr sind, ist das wohl ein Signal, sich auf eine schwarz-grüne Regierung vorzubereiten.

KEINE

**DEUTSCHEN
SOLDATEN INS
AUSLAND UND**

KEINE

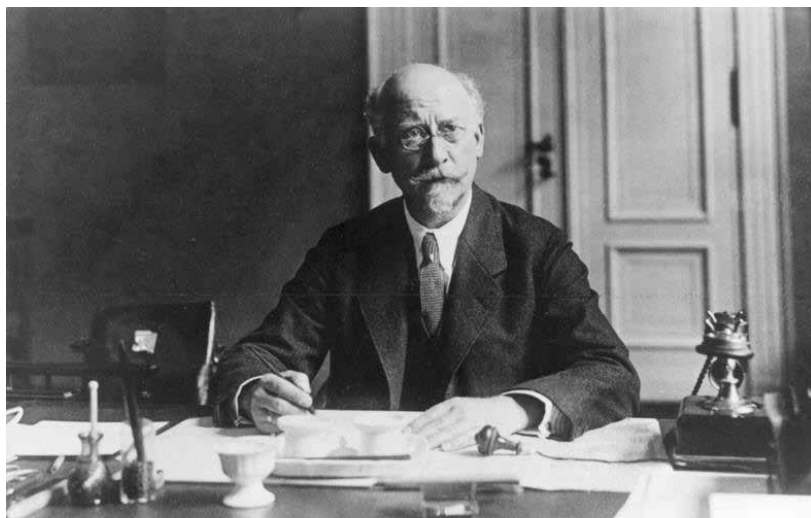
**AUSLÄNDISCHEN
SOLDATEN IN
DEUTSCHLAND!**

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

Motiv als Aufkleber lieferbar

»THE GERMANS TO THE FRONT!«

Deutschland vor 100 Jahren:



Bundesarchiv, Bild 146-1970-096-13
Foto: o. Ang. | 1918

Bundesarchiv, Bild 146-1970-096-13 / CC-BY-SA 3.0

Philipp Scheidemann, überzeugter Sozialdemokrat, Mitglied des Reichstages und der Nationalversammlung, rief am 9.11.1918 ohne Wissen von Reichspräsident Friedrich Ebert vom Balkon des Reichstages die deutsche Republik aus, um der Proklamation einer sozialistischen Republik durch die Kommunisten zuvorzukommen.

Im Februar 1919 wurde Scheidemann zum Reichsministerpräsident ernannt, wenige Monate später trat er aus Protest gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages von seinem Amt zurück.

Vor der Nationalversammlung hielt er am 12.5.1919 eine beachtenswerte Rede, die wir hier in Auszügen dokumentieren.

Wider dem Versailler Diktat

»[...] Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht. Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt. [...]

Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern. Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag.

Das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen! [...]

Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, – alles, alles

»Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«

verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren! [...]

Ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann, ich will gar nicht sagen als Deutscher, nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? [...]

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der „Times“: „Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder der Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.“ [...]

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! [...]

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! [...]

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord. Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern!«

Deutschland heute:

»Wir können nicht glauben, daß die Geschichtsvergessenheit bereits so weit fortgeschritten ist, daß nun schon diejenigen zu Festreden eingeladen werden, die Revolution und Einheit mit aller Entschiedenheit zu verhindern suchten. Wir finden das zynisch und empörend. Offenbar ist es nötig, künftig noch entschiedener auf die Verbrechen und die historische Verantwortung der SED hinzuweisen.«

So heißt es in einem offenen Brief vieler DDR-Bürgerrechtler zum geplanten Auftritt von Gregor Gysi am 9.10.2019 in der Peterskirche zu Leipzig anlässlich des 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution.

»Die Verhöhnung der Friedlichen Revolution 1989«,

titelt dazu die DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld ihren »Blog«-Eintrag im Internet.

Lengsfeld führt dazu aus:

»Nun geht ausgerechnet von Leipzig eine ungeheure Geschichtsklitterung aus, eine Verhöhnung der Friedlichen Revolution.

Wie die Leipziger Volkszeitung bereits im Mai unter der Rubrik »Sonderthemen« meldete, planen die Leipziger Philharmoniker ein Gedenkkonzert zur Friedlichen Revolution in der Peterskirche. Der Titel der Veranstaltung lautet: »Freiheit, schöner Götterfunken«.

Ausgerechnet am 9. Oktober, dem Jahrestag der großen Montagsdemonstration, die der Beginn des Endes der SED-Diktatur bedeutete, soll mit der Neunten Sinfonie von Beethoven das Werk erklingen, das Leonard Bernstein mit dem neuen Text »Freiheit, schöner Götterfunken« 1989 in Berlin zum Fall der Ber-

liner Mauer aufführte. Was als »respektvolle Würdigung für die vielen Tausend, die seinerzeit in Leipzig mutig auf die Straße gegangen sind«, angekündigt wurde, gerät durch den engagierten Festredner Gregor Gysi allerdings zu einer Verhöhnung der Demonstranten.

Die Leipziger und alle anderen Demonstranten in der ganzen DDR sind gegen die Herrschaft der SED auf die Straße gegangen. Es war Gregor Gysi, der die Mauerschützenpartei vor dem verdienten Untergang rettete.«

Laut Abschlußbericht des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestages 1998 soll Gysi zwischen 1975 und 1986 für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR unter verschiedenen Decknamen, dabei hauptsächlich als IM Notar, gearbeitet haben. Seitdem zieht Gysi immer wieder vor Gericht, wenn ihm eine Stasi-Mitarbeit vorgeworfen wird.

Lengsfeld weiter: »Für die Philharmonie Leipzig sei es »eine Ehre«, daß Gregor Gysi an diesem historischen Datum die Festrede hält, ließ die Philharmonie die Leipziger Volkszeitung wissen. Gysi gelte in Politik, Wissenschaft und Medien seit vielen Jahren als kompetenter Meinungsführer und sei ein gefragter Autor und Interviewpartner, lautete die Begründung. Zu seiner Rolle als letzter Parteichef der SED und Retter des von der SED zusammengerafften Vermögens, kein Wort. Natürlich auch nichts zu seiner fragwürdigen Rolle als Anwalt von Oppositionellen in der DDR.

Die angebliche Ehrung der mutigen Demonstranten ist angesichts dieser Fakten eine Verhöhnung. Die Leipziger Philharmonie täte gut daran, auf diesen Skandal zu verzichten.«



Foto: N.N. Pajjja / Fotofabrik / flickr/pjajja/vkATF / CC BY 2.0 (Ausschnitt)

»Sicher bin ich Kommunist und nach wie vor davon überzeugt, daß der Bau der Mauer damals erforderlich war.«

Dieser Mann suchte und fand alle möglichen Argumente, um die deutsche Einheit zu torpedieren. Auf sein Bestreben hin wurde auf dem SED-Sonderparteitag am 9.12.1989 folgender Beschluß angenommen:

»Die Zweistaatlichkeit der Deutschen ist zu einem unverzichtbaren Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa geworden. Die Eigenständigkeit der DDR ermöglicht eine historische Chance einer deutschen Alternative des demokratischen Sozialismus in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas.«

»Er werde versuchen, »die Grenzöffnung zu halten«, sagte Gysi laut Dokument. Aber wenn das nicht gelänge, »müßten wir sie rückgängig machen«.

DER SPIEGEL, Nr. 18/2010 über das Treffen von Gregor Gysi mit Frankreichs Präsident Francois Mitterrand am 21.12.1989

Hinrichtung gescheitert

Wer sich die sogenannten »Talkshows« in den öffentlich-rechtlichen Staatsmedien noch antut, erlebt hin und wieder Erfreuliches – so in »Hart aber Fair« am 1.7.2019.

Mit dem Thema »Aus Worten werden Schüsse: Wie gefährlich ist rechter Haß?« sollte der Fraktionsvorsitzende der AfD im rheinland-pfälzischen Landtag, Uwe Junge, ganz langsam und genüßlich gegart werden, was jedoch voll in die Hose ging.

Bereits im Vorfeld bekamen einige »Bessermenschen« wegen der Einladung Schnappatmung. Dies sei eine »Unmöglichkeit«, »undemokratisch« (??), »Plattform für Rechte« ... – soweit üblich, so leider normal.

Richtig heftig wurde es, als die geplante »Hinrichtung«, trotz intensiver Unterstützung durch die Runde, wegen heftiger und geschickter Gegenwehr des Delinquenten ausfiel.

Die Schlinge sollte sich mit einer Aussage von Junge vom Dezember 2017 zuziehen: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden!«, schrieb er. »Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!«

AKK jammerte, dies sei ein »Beispiel dafür, wie mit Sprache der Boden für Extremisten bereitet werden kann«.

Begründete Ängste?

Wovor haben unsere Volksvertreter eigentlich Angst? Sich zu verantworten ist das Normalste der Welt. Wer nichts Unrechtes getan hat, muß sich auch nicht fürchten – so einfach ist das.

Die Angst der Politiker und »Medienschaffenden« scheint wohl nicht unbegründet.

Zwar nicht Teil der Sendung, legte Niema Movassat, MdB der

Linkspartei, ungefragt seine »demokratische« Sichtweise dar:

»Wenn es hartaberfair schon 1945 gegeben hätte, hätten die da auch Hermann Göring eingeladen, um über die Nazi-Morde zu plaudern?«

Oder Ralf Stegner, SPD-Vorsitzender in Schleswig-Holstein:

»Herr Junge von der AfD, der bei „Hart aber fair“ seine rechte Haßpropaganda und seinen geistigen Müll abladen darf, ist ein elender Hetzer und seine Partei besteht aus rechtsradikalen Demokratiefeinden.«

Richtig entlarvend wurde allerdings die ARD selbst:

»Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-PolitikerInnen selbst zu Wort kommen zu lassen.«

Man »bemüht« sich also, die drittgrößte Fraktion des Bundestages nicht zu Wort kommen zu lassen.

Tolle Demokraten!

Liebe Leser, ganz privat:

Wer schützt und wer verletzt eigentlich die Verfassung?

Die Hatz gegen alles, was »rechts« ist oder als »rechts«, »rechtspopulistisch«, »rechtsradikal« oder »rechtsextremistisch« verunglimpft und bekämpft wird, nimmt immer groteskere Formen an.

Waren es bisher die Glatzköpfe, Stiernacken und Schnürstiefelträger, die angeblich die Republik gefährdeten, sind es heute junge, kluge Deutsche, ordentlich gekleidet, die eher »harmlos« (so Innenminister Seehofer) daherkommen, aber deshalb umso gefährlicher sind.

Die sogenannten »Identitären«, die gegen Überfremdung und »Volksaustausch« agieren und für einen »ethnisch homogenen Staat« eintreten, gefährden nun die »Verfassung«.

Das Grundgesetz, Ersatz für eine immer noch fehlende Verfassung, ist »dem deutschen Volke« gewidmet. Es zu schützen beschwören alle Regierenden mit der gleichen Formel (Art. 56/64 GG).

In diesem Grundgesetz ist die freie Meinungsäußerung garantiert (Art. 5 GG) und nirgends ist festgelegt, daß man gegen das Grundgesetz (»Verfassung«) verstößt, wenn man sich gegen die Gefahr eines Volkaustausches, einer Überfremdung durch Masseneinwanderung aus Afrika und für eine Heimat ausspricht, in der man unter seinesgleichen gut und gerne leben kann und sich zuhause fühlt.

Wie beschwor es einst Frau Merkel? »Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.«

Geht die Entwicklung so rasant voran, daß demnächst – unter einem grün-roten Bundeskanzler – auch dieses (wider besseren Wissens gegebene) Versprechen mit dem Verfassungsschutzstempel »rechtsradikal« belegt werden wird?

Ihre UN-Mitarbeiter

»Pikanterweise haben Erhebungen in Deutschland zutage gebracht, daß es gerade die jungen, urbanen und weltoffenen Wähler und Politiker der Grünen sind, die überdurchschnittlich viel fliegen ...«

Neue Zürcher Zeitung, 5.6.2019

Was erlauben Stromboli?

In Anlehnung an einen legendären Ausspruch des Fußballtrainers *Giovanni Trapattoni* werden sich *Annalena* und *Robert* gefragt haben: »Was erlauben Stromboli?« Ohne Rückfrage im Politbüro der Grünen bricht einer der aktivsten Vulkane der Welt, der Stromboli, vor Sizilien aus, schmeißt Asche, Rauch, Schwefel und gaaanz viel Feinstaub in die Atmosphäre – und dies nicht zu knapp! Bei den CO₂-Werten hält sich so ein Vulkan jedoch zurück. Es werden weltweit von allen Vulkanen nur etwa 100 bis 600 Millionen Tonnen (je nach Berechnungsmethode) ausgestoßen, dagegen 37,1 Milliarden Tonnen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Die ausgestoßenen vulkanischen Aerosole allerdings, vor allem Sulfataerosole, schirmen die Erdoberfläche vor der Sonneneinstrahlung ab. Die Folge: Es kann vorübergehend kühler werden, je nach Intensität. Vulkanausbrüche schwächen die Sonneneinstrahlung in den unteren Schichten der Stratosphäre weit stärker ab als es den Grünen recht sein kann – sie bremsen den Klimawandel somit ab.

Das paßt natürlich nicht in das Konzept der grünen Ideologen – die Natur ist aber auch so etwas von undankbar!

Hoffentlich können wir bald wieder an ähnlich legendäre Worte erinnern, wie z.B. »Die Grünen haben fertig!«

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/